

GASTKOMMENTAR

Klare Kante für die Demokratie



CLAUDIA ROTH

Die AKP des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan hat angekündigt, bis zum umstrittenen Referendum am 16. April keine weiteren Wahlkampfauftritte mehr in Deutschland zu planen. Was viele nun als „Erfolg der Bundesregierung“ oder als „erstes Signal der Deeskalation“ erklären, ist in Wahrheit eine beunruhigende Entwicklung: Ankaras Rückzieher zeigt, dass sie alles erreicht haben, was ihnen wichtig war; und wie viele europäische Politiker ihnen offenen Auges in die Falle getappt sind. Mit der bewussten Eskalation durch Mark Rutte in den Niederlanden, mit jeder einzelnen Forderung nach einem generellen Auftrittsverbot in Deutschland und nicht zuletzt mit der opportunistischen Doppelpass-Debatte durch CDU und CSU hat Erdoğan bekommen, was er so dringend braucht: die öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit dem „äußeren Feind“ – und damit die nötige Ablenkung von massiver Repression, der darbenenden Wirtschaft und einem brutalen Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Südosten des Landes.

Zugleich beweist Erdogans demonstrative Aggressivität eines: Die angestrebte Mehrheit zugunsten eines autokratischen Ein-Mann-Systems beim Referendum ist alles andere als gesichert. Warum sonst müsste die AKP-Regierung derart besessen den Konflikt mit der Bundesregierung hochstilisieren? Entsprechend fatal wäre es, wenn die Bundesregierung nun selbstgefällig zum lauten Schweigen gegenüber Ankara zurückkehren würde. Bis zur Volksbefragung, mit der Präsident Erdoğan die Türkei in eine Diktatur verwandeln will, bleiben nur noch wenige Wochen. Die müssen wir nutzen. Dabei müssen wir aus den Irrungen der letzten Wochen lernen und bei allem, was wir sagen und tun, die möglichen Auswirkungen auf das Nein-Lager im Blick haben. Die Türkei ist nicht Erdoğan, Erdoğan ist nicht die Türkei.

Mindestens die Hälfte der türkischen Bevölkerung wünscht sich eine demokratische und europäische Zukunft. Diese Menschen sind es, die wir jetzt unterstützen müssen. Das erfordert eine besonnene, aber wahrnehmbare Türkei-Politik der Bundesregierung, die vor allem anderen die Förderung von Demokratie zum Ziel hat. Das heißt dann, erstens, den Flüchtlingsdeal endlich aufzukündigen. Es war ein folgenschwerer Fehler, dass wir uns mit einem (völkerrechtlich höchstproblematischen) Abschottungsdeal von der Türkei abhängig gemacht haben. In der Folge wurde über die katastrophale Menschenrechtssituation in der Türkei nur noch laut geschwiegen, aus Furcht vor dem Erpressungspotenzial eines Recep Tayyip Erdoğan. Diese kurzfristige Ausrichtung europäischer Außenpolitik aus innenpolitischem Druck heraus hat den Entdemokratisierungsprozess in der Türkei und die Kampagne zugunsten des Referendums bloß befördert.

Die längst überfällige Aufkündigung – selbstverständlich bei Aufrechterhaltung der staatsfernen Hilfszahlungen zugunsten der vielen Geflüchteten in der Türkei – würde mit Blick auf den 16. April ein wichtiges Signal senden. Zweitens: Alle Rüstungsexporte in die Türkei gehören umgehend gestoppt. Auch darf Rheinmetall jetzt keine Panzerfabrik in der Türkei bauen. Der rücksichtslose Krieg der türkischen Armee in den kurdischen Provinzen geht weiter. Und auch für Nato-Partner wie die Türkei greifen in solchen Fällen die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung. Drittens: Die Wirtschaft ist die Achillesferse des Entdemokratisierungskurses von Erdoğan. EU-Kommissar Johannes Hahn handelt deshalb richtig, wenn er die europäischen Heranführungshilfen tatsächlich auch als Förderung von Demokratie und Rechtsstaat versteht – und damit ausschließlich die wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt, die noch nicht mundtot gemacht wurden.

Die Bundesregierung muss sich daran ein Vorbild nehmen und deutlich machen: Deutsche Hilfszahlungen zur Abfederung der Wirtschaftskrise, wie sie kürzlich von Ankara erbeten wurden, sind bei einem „Ja“ zum Referendum ebenso vom Tisch wie die geplante Ausweitung der europäisch-türkischen Zollunion.

Beim anstehenden Referendum geht es um nicht weniger als die Verteidigung von Rechtsstaat und Menschenrechten – hier und in der Türkei. Für die Bundesregierung muss deshalb gelten: weder Schweigen noch Hau-Drauf, sondern klare Kante für die Demokratie!

■ Die Autorin ist Vizepräsidentin des Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen.

ESSAY

1. DIE GEFÜHLTEN 25 JAHRE

Nein, in Wirklichkeit ist Angela Merkel noch nicht 25 Jahre Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Aber die Tatsache, dass sie diesen Posten erst seit nunmehr bald zwölf Jahren innehat, nutzt ihr nicht viel. Denn das breite Publikum hat irgendwie den gefestigten Eindruck, als sei sie schon 25 Jahre am Ruder. Und ganz so verfehlt ist der subjektive Eindruck ja nicht. Immerhin trat Angela Merkel ihr erstes Ministeramt (für Familie und Jugend) am 18. Januar 1991 an, also vor nunmehr über 26 Jahren. Das ist eine Ewigkeit, selbst in der deutschen Politik.

In jedem Fall wird Angela Merkel zum Zeitpunkt der Bundestagswahl am 24. September unter den 200 größten Nationen der Erde die am längsten durchgehend regierende Politikerin der Demokratiegeschichte der Welt sein. Länger als Margaret Thatcher und länger auch als Indira Gandhi, deren Amtszeit nicht durchgehend war.

2. DER HILLARY-FAKTOR

Hillary Clintons Wahl zur US-Präsidentin scheiterte nicht an ihrer mangelnden Kompetenz, sondern daran, dass sie die Leute einfach nicht mehr auf dem Bildschirm sehen wollten. Dort hatte sie sich – ganz ähnlich wie Merkel – ab dem Jahr 1992 breitgemacht, als ihr Mann Bill seinen ersten erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf unternahm. Seitdem war „die Clinton“ in ihren verschiedenen Rollen – als First Lady, als Senatorin, als Außenministerin – so gut wie immer in der Öffentlichkeit präsent. Im Jahr 2016 hatte sich aber jeder Neugierwert vollends abgenutzt. Die US-Wähler fanden sich bereit, statt ihrer einem vollkommenen politischen Novizen das höchste Amt der USA anzuvertrauen.

3. DIE SELBSTÜBERSCHÄTZUNG

Im Grunde ist es ein Ding der faktischen Unmöglichkeit, einen so stressigen Posten wie den des deutschen Bundeskanzlers über mehr als ein Jahrzehnt auszuüben. Selbst Otto von Bismarck brachte es – in Zeiten, die niemals Wahlkämpfe erforderten – nur auf 19 Jahre (vom 21. März 1871 bis 20. März 1890). Würde Merkel wiedergewählt, hätte sie am Ende der neuen Legislaturperiode (und nach dann 16 Jahren im Amt) 85 Prozent der gesamten Amtsperiode Bismarcks absolviert. Merkel hat es sehr smart verstanden, sich lange Zeit als die Unersetzliche zu positionieren. Aber seit ihrer Reaktion in der Flüchtlingskrise glauben gerade für viele ihrer treuesten Wähler nicht mehr daran, dass sie auf Wasser gehen kann.

Der Merkel-Effekt hat sich aber nicht nur deshalb gründlich abgenutzt. In gewisser Weise ist unter Merkel die gesamte deutsche Politikerkaste „vermerkelt“. Soll heißen: Man übt sich vornehmlich in Unscheinbarkeit. Das erscheint vielen als erstrebenswert, solange einem das den Tribut der (selbst postulierten) Unersetzlichkeit einbringt. Auf die immer wieder geraunte Bemerkung „Wer sonst, wenn nicht Merkel könnte es denn richten?“ habe ich einen prägnanten Vorschlag: Warum versuchen wir es nicht mit irgendeinem anderen der 40 bis 50 Spitzenpolitiker der beiden Regierungsparteien? Spaß beiseite, im Unterschied zu den USA sind die Strukturen des politischen Handelns in Deutschland so verfestigt und das System so stark, dass sich das Land am Ende (fast) von selbst regiert.

Im Übrigen hat Frau Merkel ja eines niemals besonders hervorgekehrt – einen Führungsanspruch in der Sache. Solange sie das personalpolitische Zepter führte, war für sie die Welt vollkommen in Ordnung.

4. DIE PERMANENTE KARRIERE-KILLERIN

Die CDU ist – viel mehr als die SPD es je war – ein Kanzlerwahlverein. Der parteiinternen Evaluierung Merkels wird es in der Retrospektive nicht helfen, dass sie den Moment ihres selbstbestimmten Abgangs nun womöglich verpasst hat. Im Grunde macht sie sich aktuell aller Fehler schuldig, für die sie seinerzeit Helmut Kohl erst angeprangert und dann auch an den Pranger gestellt hat. In diesem Zusammenhang ist das kürzlich erschienene Interview von Kohls Sohn Walter bezüglich der Rolle Angela Merkels beim Tod seiner Mutter nicht nur symbolisch bedeutsam. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe er Angela Merkel damit zumindest verschlüsselt zum Abschluss freigegeben.

So wie Kohl hält sich Merkel faktisch für unersetzlich, auch wenn allen klar ist, dass sie keine neuen Ideen mehr hat und – vollkom-

Merkels Abgesang

Das Ende der Kanzlerin wurde schon oft beschworen. Und immer wieder ging es weiter. Doch jetzt ist alles anders. Zehn Gründe für Angela Merkels Scheitern



STEPHAN-GÖTZ RICHTER

men verständlich – nicht länger den Elan und die Energie hat, die das Amt gnadenlos erfordert. Im Rückblick – nach der Abwahl Merkels – wird es ihre Partei nicht mehr verzückt zur Kenntnis nehmen, dass Merkel alle, die zum echten Nebenbuhler hätten werden können, über den Jordan geschickt hat (wenn sie dies dümmlicherweise nicht selber bewerkstelligt haben).

5. LASST MAL WIEDER EINEN MANN RAN

Im Unterschied zu dem noch immer allzu Merkel-gläubigen CDU-Parteiparappat spürt das Wahlvolk sehr genau, dass Merkel den Moment zum Abgang verpasst hat. Der bauchbasierten *vox populi* sind diese Zusammenhänge instinktiv bewusst. Sie sind es auch, die den Martin-Schulz-Effekt am besten erklären. So wie es in den USA im Jahr 2016 eine ABC-Stimmung gab („Anything But Clinton“), setzt sich nun in Deutschland eine ABM-Stimmung fest („Anything But Merkel“). Schulz weiß – und die Wähler wissen es –, dass er kein Wunderheiler ist. Braucht er auch nicht zu sein. Es reicht, wenn er etwas lebhafter und empathischer herüberkommt, als Merkel dies tun kann.

Nachdem Frauen in der deutschen Politik gute Fortschritte gemacht haben, gibt es obendrein auch ein bisschen Stimmung à la „Lasst mal wieder einen Mann im Kanzleramt ran“.

6. DIE EWIGE SELBSTVERSTELLERIN

Was die Bürger obendrein aufspüren, sind die vielen Identitätskonflikte, die in der Seele der Angela Merkel brodeln. Im Grunde weiß sie selbst nicht so recht, wer sie ist und wofür sie steht. Dies erklärt auch, warum sie den Markenkern ihrer politischen Identität – Vorsicht ist die Mutter der Porzellanliste – im Herbst 2015 über den Haufen geworfen hat. Diese merkelsche Identitätsverwirrung nutzt die SPD nun ebenso radikal wie geschickt aus. Sie breitet sich auch immer mehr unter eingeleitschten CDU-Wählern aus. Anfang 2017, nach dem Terroranschlag am Breitscheidplatz, hatten viele von ihnen irgendwie das Gefühl, dass Vizekanzler Gabriel der eigentliche Konservative an der Regierungsspitze ist.

Jedenfalls bezog er deutlich Stellung in Sachen Rechte und Pflichten muslimischer Einwanderer und der damit verbundenen Kulturdimension. Merkel hingegen schwieg. Das unterstreicht von Neuem, dass Angela Merkel – wohl aufgrund ihrer mannigfaltig gebrochenen Ost-West-Biografie – am Ende nicht so recht weiß, wer sie ist oder wofür sie wirklich steht. Außer, dass es ihr irgendwie immer gelungen ist, sich im Windschattenkanal fortzubewegen.

7. VON DER SPD AUFS GLATTEIS GESTELLT

Der Abgang Gabriels vom Kanzlerkandidatenposten bedeutet nicht, dass die SPD bezüglich Gabriels klarer Sprache in Sachen kultureller Integration irgendwelche Abstriche machen würde. Mit Ausnahme des unverbesserlichen Nordlichts Ralf Stegner sorgen sich der SPD-Praktionschef Thomas Oppermann und natürlich Martin Schulz darum, in dieser Sache klare Kante zu zeigen. Dabei geht es ihnen nicht nur – ähnlich wie Sahra Wagenknecht – darum, an die AfD verlorene Parteigänger wieder an sich zu binden. Das Kalkül der SPD ist verwegener: Die Partei setzt auch darauf, CDU-Wähler an sich zu ziehen, die Merkel keinen Wandel mehr zutrauen.

Daß Schulz zugleich das herrliche Argument betonen kann, „warum nicht gleich das Original“ (d. h. ihn und damit die SPD) wählen, entbehrt nicht der Pikanterie. Für Merkel hingegen zeigt es eine gewisse Tragik auf. Denn nach bisherigem Stand wird Merkel wahrscheinlich als erfolgreichste sozialdemokratische Kanzlerin der Bundesrepublik in die deutschen Geschichtsbücher eingehen.

8. GRÜN IST VERWELKT

Alles bisher Gesagte könnte sich als nicht fatal erweisen, wenn das eine Projekt, das Merkel noch im Ärmel hat, verfangen könnte. Aber die Option auf Schwarz-Grün überzeugt aus mehreren Gründen nicht mehr. Zum Ersten hat Merkel nicht nur in Brüssel alles andere als einen umweltfreundlichen Ruf. Zum Zweiten tragen die Grünen ihre parteiinternen Flügelkämpfe aktuell über einen möglichst libertären Umgang mit dem Flüchtlingsthema aus. Der implizit damit verbundene Versuch der Partei, Deutschland als Weltenretter auf allen Meeren und in allen Regionen zu etablieren, trägt bei aller Humanität ab einem gewissen Zeitpunkt paranoide Züge. Diese sind für CDU-Wähler inzwischen erreicht.

Dass Merkel ihre Flüchtlingspolitik vor anderthalb Jahren so konzipierte, wie sie es tat, mag mit einem – damals noch still gehaltenen – Traum zu tun gehabt haben. Denn das Einschlagen des von ihr gewählten Kurses kann ja auch damit zu tun gehabt haben, dass Merkel für sich persönlich eine Art Meisterprüfung in Sachen Etablierung einer schwarz-grünen Koalition ablegen wollte. Je mehr sie ihrem grünen Traum nachstrebte, desto mehr entfernten sich nicht nur viele CDU-Wähler von diesem Projekt. Auch die Grünen scheinen nur noch eines verdächtigen zu wollen: dass sie sich auf keinen Fall von Merkel umgarnen lassen wollen. Vor dem Hintergrund dieser Motivation sind die Sachentscheidungen vieler grüner Landesregierungen in der

Flüchtlingsfrage – und die bedenklichen Konsequenzen, die sich daraus für die Bundespolitik via Bundesrat ergeben – bestens zu verstehen.

9. WEGBEREITERIN VON ROT-ROT-GRÜN

Was die bundesrepublikanischen Geschichtsbücher anbelangt, ist all das bisher Gesagte eher Pipikram. Denn wenn es so kommt, wie es sich jetzt auf einmal abzeichnet, dass auf Merkels zwölf Jahre Rot-Rot-Grün folgen wird, dann wird es innerhalb der CDU wie auch in der deutschen Wirtschaft zu einem (rückwirkenden) Erdbeben kommen. Das, was aus der gesamten Periode von Merkels Regenschaft den meisten Bürgern am wenigsten bewusst ist, ist, dass die Bundeskanzlerin genau genommen keine einzige wirtschaftspolitische Strukturreformmaßnahme unternommen hat. Stattdessen hat sie das von ihrem Amtsvorgänger Gerhard Schröder angelegte Familiensilber fleißig aufgezehrt. Das Problem, das sich daraus ergibt, ist ein politökonomisches. Auch wenn schon Merkel als vermeintlich Konservative einiges an den schröderischen Reformen zurückgenommen hat (u. a. Rente mit 67), wird Rot-Rot-Grün noch einen ordentlichen zusätzlichen Schluck aus der Pulle nehmen müssen, damit sich die Hoffnungen der Wähler dieser Koalition erfüllen.

Rückblickend betrachtet werden CDU-Wähler und Wirtschaftskonservative Angela Merkel nicht nur als De-facto-Wegbereiterin der rot-rot-grünen Koalition zu verachten lernen. Sie werden auch sehen, dass Merkels „Nichtwirtschaftspolitik“ denselben antreibenden Effekt auf ihren Nachfolger haben wird, wie dies in den USA zweimal fatal der Fall gewesen ist. Das erste Mal passierte das bei George W. Bush (als Nachfolger Clintons) und aktuell geschieht es bei Donald Trump (als Nachfolger Obamas). Clinton und Obama firmierten offiziell als Präsidenten der Demokratischen Partei. In der Realität haben sie hingegen eine klassisch republikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben. Kein Wunder, dass ihre jeweiligen Nachfolger da zum „Overdrive“ neig(t)en.

Merkel hat – umgekehrt gepolt – guten Teils eine stark sozialdemokratisch eingefärbte Politik betrieben (und das längst nicht nur aus Koalitionszwängen).

10. DIE MEISTGEHASSTE FÜHRUNGSFIGUR IN DER CDU-GESCHICHTE?

In Anbetracht dieser Analyse erscheint es durchaus möglich, dass Angela Merkel binnen Kurzem von der unumstößlichen Heldin der Partei zu ihrem Schandfleck umgemünzt wird. Was an alledem besonders verwundert, ist, warum Merkel noch einmal kandidiert hat. Aufmerksame Beobachter, die sie nur wenige Tage vor der Bekanntgabe ihrer erneuten Kandidatur im kleinen Kreis erlebt haben, waren sich absolut sicher, dass sie nicht noch einmal antreten würde. Und wer sie seitdem bei öffentlichen Veranstaltungen erlebt hat, in denen es um andere als sie selbst ging, wäre beim visuellen Scannen des Saales niemals zu dem Schluss gekommen, dass ausgerechnet diese physisch ausgelaugte Person sich erneut als führende Politikerin des Landes präsentieren wollte.

Dass sie es dennoch tut, ist die dritte Wiederkehr der großen Hasardeurin: Das erste Mal war dies bei der Energieende der Fall, das zweite Mal bei der Grenzöffnung. Man bedenke: Die Erfolgstendenz ist abnehmend.

SO BLEIBT NUR ALS FAZIT

Am Ende steht Angela Merkel bemerkenswert allein auf der Bühne. Ein Nachfolger, der sie aufpeppen könnte, ist nirgendwo in Sicht. Außer wohl in Merkels Traum, in dem Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann wahrscheinlich als Vizekanzler herumschwebt.

Wer jemals erlebt hat, wie Merkel in Hintergrundgesprächen mit Journalisten, die sie zusammen mit Peer Steinbrück führte, angeregt tuscheln konnte, und wer beobachten konnte, wie viel ihr an Barack Obama lag, der versteht die plötzliche Einsamkeit der Kanzlerin.

Nun bleibt für Angela Merkel nur noch, auf ihren eigenen Abgang zu warten.

■ Der Autor leitet den Thinktank The Globalist. Er wagte im September 2015 eine Vorhersage zur Wahl Donald Trumps, die sich in zehn Punkten bewahrheitete; der Autor hat u. a. das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundesfinanzministerium und das Bundespresseamt beraten – unter der Amtsführung dreier verschiedener Parteien, CDU, SPD und FDP.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)

Herausgeber: Stefan Aust

Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt

Stellvertreter des Chefredakteurs:

Peter Huth, Oliver Michalsky, Arne Teeetz

Stellvertretende Chefredakteurin:

Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner

Chefkommentator: Torsten Krauel

Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann

Leitender Redakteur: Matthias Leonhard,

Stv. Henning Kruse; Christian Gaertner,

Philipp Jürgens, Lars Winckler

Creative Director: Cornelius Tittel

Artidirektion: Juliane Schwarzenberg

Politik: Marcus Heithecker, Dr. Jacques Schuster, Lars

Schroeder, Stv.: Claudia Kade Forum: Andrea Seibel,

Stv. Rainer Haubrich Deutschland Hintergrund: Wolf-

gang Büscher, Claus Christian Malzahn Außenpolitik:

Dr. Sascha Lehnartz, Stv. Silke Müllerr Wirtschaft/

Finanzen: Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan

Dams, Dietmar Definer, Michael Fabricius, Thomas Ex-

ner (Senior Editor) Kultur: Andreas Rosenfelder, Stv.

Elmar Krekeler, Lucas Wiegemann Literarische Welt:

Dr. Mara Delius Literarischer Korrespondent: Richard

Kämmerlings Stil/Reise/Motor: Adriano Sack, Stv. Sön-

ke Krüger, Inga Griese (Senior Editor) Sport: Stefan

Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeit-

ler Leben/Wissen: Wolfgang Scheida, Heike Vowinkel,

Stv. Dr. Pia Heinemann

Nachrichtenchef: Falk Schneider Social Media: Niddal

Salah-Eldin WELTplus: Sebastian Lange Video: Martin

Heller Cvd Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg

Forbricht Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne In-

fografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm

Chefkorrespondent Wirtschaftspolitik: Dr. Doro-

thea Siemens Korrespondent Politik/Gesellschaft: Ul-

rich Exner, Dr. Richard Herzinger Chefkorrespondent

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau Korrespondentin:

Jennifer Wilton Leitender Redakteur Zeitgeschichte:

Sven Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael

Stürmer Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne

Gaschke, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoer, Benjamin

von Stackrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Christoph

Schiltz, Andre Tauber Budapest: Boris Kalnoky Istan-

bul: Deniz Yücel Jerusalem: Gil Yaron Kapstadt: Chris-

tian Putsch London: Stefanie Bolzen, Thomas Kiellinger

Madrid: Ute Müller Marrakesch: Alfred Hackensberger

Moskau: Julia Smirnova New York: Michael Remke,

Hannes Stein Paris: Martina Meister Peking: Johnny

Erling Prag: Hans-Jörg Schmidt Warschau: Dr. Gerhard

Gnauck Washington: Ansgar Graw, Stephan Strothe,

Clemens Wergin